

Bewegungen für die Analyse inklusiver Politikprozesse wichtige Hinweise. Gleiches gilt auch für die Diskussion der Interaktionen und Interdependenzen von Bewegungsakteuren, Parteien und Verbänden als politischen Akteuren in der political society und die Auswirkungen dieser Prozesse auf (wie Rückwirkungen durch) staatliches Handeln. In der Verbändediskussion wird von der Entwicklung "diskursiver Organisationen" gesprochen und zugleich nach den Chancen der Organisation langfristiger und/oder allgemeiner Interessen gefragt, die aus Sicht einer hier dominierenden "Logik des kollektiven Handelns" in besonderem Maße prekär sind. Die Parteilorschung analysiert den Spielraum eines möglichen Wandels von Formen der Parteiorganisation, wobei in der deutschen Diskussion etwa das von Joachim Raschke in Bezug auf die Grünen thematisierte Konzept einer professionellen Rahmenpartei interessante Denkanstöße bietet für Konturen inklusiver Politik. Cohen/Arato haben mit ihrer Betonung der erforderlichen Responsivität politischer Institutionen zwar durchaus Pfade zur Analyse des organisatorischen Wandels im intermediären Bereich gelegt, aber diese werden von ihnen nur selektiv besprochen. Das von Cohen/Arato vorgestellte Konzept der Intermediation zielt insgesamt durchaus auf die interne Wandlungsfähigkeit von Staat/Administration und Markt und könnte die hier nur in Stichworten genannten Fragestellungen daher vertiefen, doch vernachlässigen Cohen/Arato bedauerlicherweise diese Stränge der Diskussion.

Das civil society-Konzept von Cohen/Arato stellt einen theoretischen Rahmen zur Verfügung, der in seiner Differenziertheit die Anschlußfähigkeit an die zuvor genannten Problemstellungen der politikwissenschaftlichen Diskussion ermöglicht. Dies erfordert freilich eine Akzentverlagerung der Argumentation, die die Begrenzungen zivilgesellschaftlicher Politikformen zum Anlaß dafür nimmt, diese als Teil einer umfassenderen Reformpolitik zu diskutieren. Erst nach einer solchen Umstellung ließe sich der Beitrag des Konzeptes für eine auf die Demokratisierung repräsentativer Demokratien gerichtete Diskussion wie für eine reflexive Fortsetzung des Projektes des Wohlfahrtsstaates wirklich abschätzen, den bereits geleistet zu haben Cohen/Arato beanspruchen.

Ansgar Klein

\*

### Von der Neuen Sozialen Bewegung zum zivilgesellschaftlichen Akteur

Jürgen Habermas:

**Faktizität und Geltung.**

**Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats**

Frankfurt/Main 1992: Suhrkamp Verlag, 668 S.

In der 1981 erschienenen *Theorie des Kommunikativen Handelns* (TKH) hatte Jürgen Habermas mit

seiner gesellschaftstheoretischen Diagnose einer Kolonialisierung der Lebenswelt durch systemische Imperative eine Deutung von Neuen Sozialen Bewegungen (NSB) gegeben, die nicht ohne Ausstrahlung auf die Bewegungsforschung geblieben ist. Mit Ausnahme der Frauenbewegung, die er zu den Emanzipationsbewegungen rechnete, deutete er NSB als defensive Rückzugs- und Widerstandsbewegungen gegen die voranschreitende Kolonialisierung. Habermas hat sich in den folgenden Jahren nur an verstreuten Stellen zum Thema NSB geäußert. Eine systematische Behandlung erfährt das Thema erstmals wieder in seinem Buch *Faktizität und Geltung*. Die darin von ihm vorgenommene Verortung von NSB in die Zivilgesellschaft ist begleitet von Akzentveränderungen ihrer Deutung. Beides ist in Habermas' modifizierter Konzeptionalisierung von Recht und Politik begründet.

1. Gesamt gesehen ist *Faktizität und Geltung* mehr geworden als bloße Antwort auf unterschiedliche Kritiken seiner bisherigen Versuche, den universalistischen moralischen Standpunkt auf dem Felde der politischen Philosophie geltend zu machen. Die Argumentation des Buches bewegt sich über mehrere Etappen von rechtsphilosophischen Grundlegungen zu Beginn, über den Umriß eines normativen Modells deliberativer Politik, bis hin zum Versuch, auch "aus soziologischer Sicht (die) Bedingungen für eine rechtsstaatliche Regulierung des Machtkreislaufs in komplexen Gesellschaften" (10) zu prüfen. Der zuweilen etwas unübersichtlich zu verfol-

gende Weg bis zu dem Punkt, wo die Sprache auf NSB kommt, läßt sich in Form eines Dreischrittes zusammenfassen.

Gegen eine Lesart der idealen Sprechsituation als des Urbildes einer politischen Utopie gesteht Habermas – erstens – dem Modell der reinen kommunikativen Vergesellschaftung lediglich den Status einer "methodischen Fiktion" (392) zu. Keine moderne komplexe Gesellschaft kann und soll ihm je entsprechen. Im Verfahrensbegriff der Demokratie nimmt das Modell deshalb – zweitens – die Gestalt einer sich selbst organisierenden "Rechtsgemeinschaft" an. In den rechtsphilosophischen Schlüsselpassagen des Buches im dritten Kapitel geht es Habermas zunächst darum, das Verhältnis zwischen subjektiven Rechten und dem demokratischen Postulat der Volkssouveränität anders als in der bisherigen liberalen Tradition als gleich ursprünglich zu konstruieren. Ähnlich wie kürzlich Ingeborg Maus in ihrer Kant-Interpretation die gängige Konkurrenz von Liberalismus und Demokratie kritisierte, lautet sein Argument: Subjektive Rechte müssen als notwendige Bedingungen der Möglichkeit von Volkssouveränität verstanden werden. Habermas führt die Menschenrechte als eine funktionale Notwendigkeit der Partizipation ein, was wiederum impliziert, daß sämtliche liberalen Rechte letztlich aus der radikal demokratischen Autonomie begründet werden können müssen (131ff, 610ff).

Das Recht hat einen Doppelcharakter. Einerseits ist "Recht als

Organisation" anfällig für systemische Eigendynamiken und Kolonialisierungstendenzen. Andererseits steht es in einem notwendigen Ergänzungsverhältnis zur Moral. Eine Handlungskoordination, die allein auf die praktische Vernunft angewiesen ist, ist angesichts von Problemen der Zumutbarkeit, der Willensschwäche und der Entscheidbarkeit schlicht überfordert und bedarf der Kompensation durch zwingendes Recht (145-151, 566f). Recht stellt eine Ergänzung der Moral, die selbst moralisch begründet ist, dar.

"Recht als Institution" ist das Medium, in dem sich kommunikative Rationalität entwicklungslogisch ausgeprägt hat und unter dessen Obhut sich die Prozesse strategischer Rationalität legitim entfalten sollen. Recht ist ein Übersetzungsmedium. Es ist der große "Transformator" (429), in dessen Sprache die lebensweltlichen Kommunikationen in eine Form gebracht werden, in der ihre Inhalte auch von den Spezialcodes der selbstgesteuerten Handlungssysteme rezipiert werden können. Habermas verlangt vom Recht und den institutionellen Formen "deliberativer Politik", daß sie in Bezug auf den Umgang mit dem Komplexitätsproblem einer zweifachen Aufgabe gewachsen sind. Einmal sollen sie die Reduktion von Komplexität leisten. Recht und Politik dürfen dabei nicht nur als geschlossene autopoietische Systeme gefaßt werden: "Das rechtsstaatlich verfaßte politische System ist intern in Bereiche administrativer und kommunikativer Macht differenziert und bleibt zur Lebenswelt hin geöffnet" (427). Recht und

Politik sollen zugleich den "reflexiven Sinn von gegensteuernden Vorkehrungen gegen eine gesellschaftliche Komplexität, die die normativ gehaltvollen Präsuppositionen einer rechtsstaatlichen Praxis unterwandert" (397), bewahren können. Mit anderen Worten: Nicht nur (wie in der TKH bereits unter dem Signum "Recht als Institution") das Recht, sondern auch die administrative Politik ist für lebensweltliche Problemlagen prinzipiell resonanzfähig. Die Staatsverwaltung selbst wird wieder als offener für Demokratie angesehen - perspektivisch ist damit der strikte Dualismus von System und Lebenswelt bei Habermas in Bewegung geraten und es bleibt abzuwarten, ob er in Zukunft auch Teile des ökonomischen Systems in diese Entkrustung einbeziehen wird.

Vor dem Hintergrund dieser beiden Schritte wendet sich Habermas schließlich – drittens – im siebten und achten Kapitel seines Buches den konkreten institutionellen Ausprägungen komplexitätserhaltender Gegensteuerung zu, wie sie in modernen Demokratien existieren.

2. Er greift dafür auf einen Vorschlag von Bernhard Peters zurück, der zwischen einem Kernbereich (u.a. Regierung, Gerichte, Parlament, Parteienkonkurrenz) und den um diesen in konzentrischen Kreisen gruppierten Peripherien unterscheidet. Die demokratische Legitimität politischer Prozesse ist in aller Regel dann gewährleistet, wenn die Operationen den routinierten Weg durch

die Schleusen des politischen Kernbereiches nehmen.

Prinzipiell ist der Kernbereich zwar offen für die Bearbeitung normativer Fragen, er hat aber bezüglich der Problemwahrnehmung zwei spezifische Blindstellen. Betroffen sind davon einmal latente Probleme, die von den eingespielten Routinen bislang nicht erfaßt sind, sowie zweitens völlig neu anfallende Problemlagen. Beide laufen Gefahr, auf dem Bildschirm des politischen Systems gar nicht erst zu erscheinen. Das Zentrum des politischen Systems ist deshalb auf die Zufuhr von den peripheren Strukturen der politischen Meinungsbildung angewiesen. Sie sind gleichsam in Hab-Acht-Stellung, um zu besonderen Gelegenheiten- und "vor allem an (deren) normativen Aspekten" (433) – sensibilisierend auf den Kernbereich einzuwirken.

3. Die demokratietheoretische Konsequenz des Schleusenmodells lautet, daß "ein guter Teil der normativen Erwartungen ... auf die peripheren Strukturen der Meinungsbildung" (434) fällt. Diese Strukturen beschreibt Habermas in einem Zwei-Schichten-Modell, für dessen jeweilige Zentralbegriffe "politische Öffentlichkeit" und "Zivilgesellschaft" er "nicht bloß normative Postulate", sondern "empirische Referenzen" (451) in Anspruch nimmt. Den unmittelbaren Druck auf die Kernbereiche des politischen Systems üben demnach die autonomen Öffentlichkeiten aus. Öffentlichkeit ist das "Netzwerk für die Kommunikationen von Inhalten und Stellungnahmen", die sich themenspezifisch

zu "gebündelten öffentlichen Meinungen verdichten" (436). Trotz sound-bites, Hella von Sinnen und der "Heißen Stuhl" – wie bereits in seinem Vorwort zur Neuausgabe des *Strukturwandel der Öffentlichkeit* dementiert Habermas in diesem Zusammenhang seine alte These der Verwandlung von Öffentlichkeit in Kulturindustrie geradezu heroisch. Die empirischen Analysen der Effekte von Massenmedien erlaubten "keine schlüssige Antwort auf diese kardinale Frage", "ob sie eher einen Überzeugungs- oder doch nur einen mehr oder weniger kaschierten Machtprozeß widerspiegeln" (453). Ob die modernen Massenmedien letztlich rationalisierend oder regressiv rezipiert würden, sei empirisch nicht ausgemacht: "Aussagen über Medieneffekte bleiben auch eine Generation nach Lazarsfeld unsicher" (456).

Den besten Schutz gegen die Regression der Öffentlichkeit bietet ihre Einbettung in die Zivilgesellschaft. Habermas versteht unter Zivilgesellschaft ein "Assoziationswesen, das problemlösende Diskurse zu Fragen allgemeinen Interesses" (443) institutionalisiert. Die Zivilgesellschaft ist ein Entdeckungszusammenhang moralisch relevanter Fragen. Sie nimmt die Resonanzen, die gesellschaftliche Problemlagen in den unterschiedlichen privaten Lebensbereichen finden, auf, erhält und bündelt sie und leitet sie lautverstärkend an die politische Öffentlichkeit weiter. Das Paradigma zivilgesellschaftlicher Akteure sieht Habermas in den Neuen Sozialen Bewegungen (NSB). Im Unterschied zu den etablierten Inter-

senverbänden, die vorgegebene Ziele erreichen wollen, müssen die Akteure der NSB zunächst ihre "Identifikationsmerkmale erst hervorbringen" (454). Parallel zu ihren zielgerichteten Politiken betreiben sie auch später selbstbezügelte identity-politics. Die NSB betreiben überdies "dual politics". Damit ist gemeint, daß es ihnen mit der Einflußnahme im politischen Raum gleichzeitig um die Konstituierung eben dieses Raumes geht: "mit ihrer Programmatik nehmen sie geradewegs Einfluß auf das politische System, zugleich geht es ihnen aber reflexiv auch um die Stabilisierung und Erweiterung von Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit und um die Vergewisserung der eigenen Identität und Handlungsfähigkeit" (447). Die Zivilgesellschaft verfügt damit über einen gewissen Mechanismus der "Selbststabilisierung" (448, 625). NSB verfolgen nicht nur defensive, sondern auch offensive Ziele und verfügen dabei über ein anspruchsvolles Leistungsprofil: "Offensiv" versuchen diese (die Neuen Sozialen Bewegungen – H.B.), Themen von gesamtgesellschaftlicher Relevanz aufzubringen, Problemstellungen zu definieren, Beiträge zu Problemlösungen zu liefern, neue Informationen beizusteuern, Werte anders zu interpretieren, gute Gründe zu mobilisieren, schlechte zu denunzieren" (447).

4. Im Vergleich zu seiner Beschreibung in der TKH hat Habermas das Verhältnis zwischen offizieller Politik und NSB in *Faktizität und Geltung* von beiden Seiten her entdramatisiert. Einmal sind Recht und Politik für die Aufnahme und

Bearbeitung lebensweltlich empfundener Probleme resonanzfähiger geworden. Zum anderen ist der potentielle Beitrag der NSB ein konstruktiverer geworden, was sich terminologisch in der neuen Bezeichnung "zivilgesellschaftlicher Akteur" andeutet. Die einzelnen Momente der "Zivilisierung" von NSB diskutiert Habermas unter dem Stichwort "Selbstbegrenzungen" (449).

– Die erste Selbstbegrenzung besteht darin, daß Habermas erfolgreiche Aktivitäten seitens der Civil Society primär für Ausnahmesituationen vorsieht. Die Impulse, die von den zivilgesellschaftlichen Akteuren ausgehen, sind "im allgemeinen zu schwach, um im politischen System kurzfristig Lernprozesse anzustoßen oder Entscheidungsprozesse umzusteuern" (451). Für den politischen Normalfall soll man die "Chancen einer Einflußnahme von Seiten der Zivilgesellschaft auf das politische System zurückhaltend einschätzen" (458). Anders unter "Bedingungen einer wahrgenommenen Krisensituation". In ihnen kann sie eine "überraschend aktive und folgenschwere Rolle übernehmen" (460) und mit ihren normativen Bedenken bis in die Peripherie des politischen Systems vordringen. Habermas nimmt hier eine ähnliche, aber eben nicht so apodiktische, Unterscheidung vor, wie im Liberalismus Bruce Ackermann mit seiner Unterscheidung zwischen politischem Alltagsgeschäft und besonders legitimierten "constitutional moments" und im Republikanismus Hannah Arendt, die als gleichsam demokratisches Pendant einer politischen Theorie des

Ausnahmestandes "echte" politische Tätigkeit nur für sporadische Augenblicksmomente erwarren mochte.

– An der zweiten Selbstbegrenzung könnte eine Kritik ansetzen, die Habermas eines Übermaßes an "soziologischem Realismus" schelten möchte. Habermas sieht den "guten Ansatzpunkt für die soziologische Übersetzung des Begriffs deliberativer Politik" nicht in den Aktivitäten von NSB per se, sondern erst in dem "Zusammenspiel einer zivilgesellschaftlich basierten Öffentlichkeit" (448) mit den Kernbereichen des politischen Systems. Diese Einschränkung hat zwei Unterasspekte. Mit Bezug auf die bestehenden politischen Institutionen gilt – erstens – der Einfluß der Zivilgesellschaft nur so lange als segensreich, wie er "die Filter der institutionalisierten Verfahren demokratischer Meinungs- und Willensbildung passiert" (449). Zumindest implizit gesteht Habermas damit den Schleusen im institutionellen Design westlicher Demokratien zu, frei von eigenen Selektionseffekten zu sein. – Mit Bezug auf die inhaltliche Zielsetzung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten erinnert Habermas – zweitens – an die Notwendigkeiten einer funktional-differenzierten Gesellschaft und verlangt von den NSB die Einsicht in notwendige Imperative wie den "Verzicht auf jene Aspirationen einer sich im ganzen selbst organisierenden Gesellschaft" (450).

– Was die dritte Selbstbegrenzung betrifft, so besteht sie nicht in einem möglichen Zuviel, sondern in einem Zuwenig an soziologischem

Realismus. Die Ziele derjenigen sozialen Bewegungen, die Habermas als Beispiele anführt, sind auffällig einseitig ausgewählt. Als Beleg dafür, daß die zivilgesellschaftliche Peripherie gegenüber den Zentren der Politik über einen Rationalitätsvorsprung bei der Identifizierung neuer Problemlagen verfügt, nennt er als die "großen Themen der letzten Jahrzehnte" (460) insbesondere Frieden, Ökologie, Feminismus und 3. Welt. Mit keinem Wort erwähnt er in diesem Zusammenhang neuere Phänomene wie Rechtsradikalismus, Nationalismus und Ausländerhaß. Zwar warnt er vor "populistische(n) Bewegungen" (449), in denen "relativ deprivierte Schichten" (652) seiner Deutung zufolge "verhärtete Traditionsbestände einer von kapitalistischer Modernisierung gefährdeten Lebenswelt blind verteidigen" (449). Der sich aufdrängenden Frage, inwieweit die Existenz solcher Bewegungen den vermuteten Rationalitätsvorsprung der Zivilgesellschaft in Frage stellen, entzieht er sich mit einem normativistischen Ausweichmanöver. Aus der Habermasschen Perspektive ist normativ vorentschieden, daß die Problemwahrnehmungen der aktuellen – und im wahrsten Sinne des Wortes – "Brand-Neuen Sozialen Bewegungen" aus Hoyerswerda oder Rostock nicht lebensweltlichen Sensibilitäten, sondern kognitiven Dissonanzen geschuldet sind und den Ehrentitel "zivilgesellschaftlicher Akteur" nicht verdienen. Letztlich kann Habermas den behaupteten Rationalitätsvorsprung der Peripherie nur um den Preis einer Ausblendung populistischer und rechtsextremi-

stischer Bewegungen aufrechterhalten.

5. Das Problem mit der zuletzt genannten normativistischen Verengung liegt weniger darin, daß der konkreten Bewegungsforschung damit kaum geholfen sein wird. Das Problem reicht tiefer und betrifft die von Habermas in Anspruch genommenen "empirische(n) Referenzen" (451) seines Modells. Die Begründung seiner Zuversicht bezüglich der Rationalitätsverbürgenden Momente der Zivilgesellschaft findet ihre Parallele in seiner Auseinandersetzung mit den Regressionspotentialen von Öffentlichkeit. Hier wie dort besteht die Argumentationsstrategie in einer Art Ebenenverschiebung. Habermas zufolge sind die besten Rationalitätsgarantien für autonome Öffentlichkeiten in der vorgängigen Existenz einer vitalen Zivilgesellschaft zu finden (442, 453). Entsprechend ist die Zivilgesellschaft ihrerseits auf eine "entgegenkommende politische Kultur" (385, 395, 434, 446, 642) angewiesen, in der bestimmte Sozialisationsweisen und Rechtskulturen ("einer an politische Freiheit gewöhnten Bevölkerung", 627) entwickelt sind.

Der Hinweis auf die Notwendigkeit einer anspruchsvollen politischen Kultur ist der Punkt, an dem Habermas die Verschiebung der Sicherheitsgarantien abbricht. Welchen Einflußfaktoren die politische Kultur ausgesetzt ist, welchen Regressions Tendenzen sie in der Moderne unterliegt und welche negativen Rückwirkungseffekte von Öffentlichkeit und Sozialen Bewegungen auf sie ausgehen –

Fragen wie diese werden in dem Buch nicht mehr behandelt. Das ist nicht allein der Tatsache geschuldet, daß Habermas mit *Faktizität und Geltung* ein Buch vorgelegt hat, das bereits umfangreich genug ausgefallen ist. Ich vermute, daß es darüber hinaus ein systematisches Motiv gibt: die "politische Kultur" ist die Restgröße für den gesellschaftstheoretischen Optimismus von Habermas. In ihrem Inneren ist eine Evolution von Weltbildern am Werke, die irreversible Züge trägt und einer Reaktivierung von Traditionen, die ihr Verhalten nicht an diskursiv begründbare Normen binden, zu widerstehen vermag. Was aber, wenn die von Habermas im Dezember 1992 in der *Zeit* notierte Behauptung, "die Bevölkerung ist besser als ihre Politiker und ihre Wortführer", nicht zutrifft, sondern diejenigen Diagnosen zutreffen, die in den aktuellen rechtsradikalen und populistischen Bewegungen nicht Reaktionen "relativ deprivierter Schichten", sondern einen Extremismus aus der Mitte am Werke sehen?

Hubertus Buchstein

\*

### Die Unterscheidungen des politischen Liberalismus

Stephen Holmes: *The Anatomy of Antiliberalism*

Cambridge/Mass.: Harvard University Press 1993

Die philosophische Diskussion über die Gerechtigkeitstheorie von John Rawls hat den alten Gegen-

satz zwischen den Begriffen und Positionen des modernen und des alteuropäischen, des liberalen und des aristotelischen Politikverständnisses erneut aufbrechen lassen. Die Streitfrage scheint zu ihrer eigenen Reproduktion der Vorstellung zu bedürfen, ihre Thematik sei neu. In Wahrheit jedoch wird das Spiel mit vertrauten Figuren gespielt: Getreulich reproduziert die Themenwahl der Kontroverse den bekannten Bestand einer traditionellen, seit dem neunzehnten Jahrhundert bis zum Überdruß wiederholten Kritik am Diskurs des politischen Liberalismus sowie an den Strukturen einer durch ihn geprägten Gesellschaft und ihres politischen Systems.

Am Anfang stehen auch diesmal wieder die bekannten und oft wiederholten Vorbehalte gegenüber einer Anthropologie des wie auch immer modifizierten Besitzindividualismus. Bezweifelt wird das Ausreichen des Personmodells Eigentümer und des Sozialmodells Vertrag.

Folgt man den kommunitaristischen Kritikern, dann begehrt der politische Liberalismus mit der Annahme eines sozial dekontextierten Subjekts und mit dem dann naheliegenden Verständnis von Sozialität als einer lediglich externen Relationierung einen zugleich theoretischen und praktischen Fehler: Eine falsche Beschreibung der Gesellschaft wird angefertigt, die dann aber im Maße ihrer Falschheit zugleich die Motive umbildet und so eine ohnehin bestehende Tendenz zur Desolidarisierung der modernen Gesellschaft unterstützt.

Die Liberalen geben dagegen zu bedenken, daß dies die Vorstellung einer unmittelbar wahrheitsfähigen Grundlage des politischen Systems implizieren würde, die seit den Anfängen des modernen Staates überholt ist. Die Abstraktion des auf sich selbst gestellten Individuums hat denn auch für den Liberalen einen genuin politischen Sinn, der nicht unmittelbar von der Wahrheit der entsprechenden Denkfiguren abhängig ist, sondern sich umgekehrt gerade an der Distanzierung des politischen Entscheidungsprozesses von politisch unentscheidbaren Konflikten bemißt. Ich habe den Eindruck, daß viele Mißverständnisse sich vermeiden ließen, wenn diese Differenz zwischen den verschiedenen Perspektiven auf die Abstraktionen des politischen Liberalismus deutlicher betont würde (und daß die Soziologie gerade an dieser Stelle zum Fortgang der Diskussion beitragen könnte). Das Buch, das in der zweiten Hälfte dieser Rezension vorgestellt werden soll, bietet eine Gelegenheit, diesen Eindruck zu prüfen. Zuvor ist jedoch auf einige Merkmale der Diskussion selbst einzugehen.

Mit Recht hat Michael Walzer darauf aufmerksam gemacht, daß es sich bei den Liberalen und ihren Kritikern nicht um gleichwertige Positionen handelt (Die kommunitaristische Kritik am Liberalismus, in: Axel Honneth (Hrsg.): *Kommunitarismus*, Frankfurt-New York 1993). In der Tat bildet der Diskurs des politischen Liberalismus den Hauptstrom der politischen Theorie der Neuzeit. Zahlreiche institutionelle Errungenschaften wurden mit seiner Hilfe

eingeleitet und plausibilisiert. Auch als Leitfaden der Selbstkritik des politischen Systems ist er bis heute nicht ersetzt worden, auch wenn Symptome der Überlastung unterdessen erkennbar wurden und viele neuartige Thematiken wie Risiko oder Umwelt dem klassischen liberalen Denken und dem System seiner Freiheitsrechte zu entgleiten scheinen.

Die Vorstellungswelt, die sich mit Begriffen wie Gemeinschaft oder Sittlichkeit, Tugend oder gutem Leben verbindet, tritt demgegenüber eher als ein selbstbewußter Anachronismus in Erscheinung. Sie führt eine gleichsam parasitäre Existenz und lebt von den Schwächen, die im Hauptstrom erkennbar werden, sobald man ihn unmittelbar mit der klassischen Lehre von der Politik vergleicht, aber sie ist offenbar nicht in der Lage, eine gleich geschlossene Gegenposition zu entwickeln. Es handelt sich also nicht um einen konkurrierenden Ansatz, sondern eher um so etwas wie eine kompensierende Semantik, die den Diskurs des politischen Liberalismus als sein schlechtes Gewissen begleitet. Dem entspricht es, und auch dies ist ein Hinweis von Walzer, daß das Gemeinschaftsdenken selbst keinen eigenen Kritiker findet, sondern allenfalls auf den Höhepunkten seiner jeweiligen Konjunktur den einen oder anderen Beobachter zu polemischen Bemerkungen reizt.

An der Auseinandersetzung haben sich bisher vor allem die Philosophen und weniger die Soziologen beteiligt. Es ist auch nicht leicht zu sehen, was man als Sozio-

loge zu einer Kontroverse beitragen könnte, die in ihren Grundzügen auf eine sonderbare Weise an ein Schema der semantischen Frontenbildung entlang der Leitdifferenzen von Individualismus und Kollektivismus erinnert, das die Soziologie schon mit den ersten Formulierungen einer eigenen Theorie hinter sich gelassen hatte. Die Soziologie hat es seit Durkheim vermieden, das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft als Gegensatz aufzufassen, und statt dessen eine Deutung vorgeschlagen, die dieses Verhältnis als ein Steigerungsverhältnis begreift. Ein Mehr an sozial erwartbarem Verständnis für durchgebildete Individualität und eine stärker integrierte Sozialordnung bildendem nach keinen notwendigen Gegensatz zueinander, sondern werden als selektiv kompatibel vorgestellt. Die soziologische Theorie interessiert sich seither für die Bedingungen, unter denen dieses Steigerungsverhältnis realisiert werden kann. Auf der Linie solcher Überlegungen liegt etwa die geläufige Erklärung der Soziogenese von Individualität aus der zunehmenden sozialen Differenzierung der modernen Gesellschaft. Der soziologische Begriff des institutionalisierten Individualismus faßt diesen Erkenntnisgewinn zusammen. Nimmt man ihn zur Kenntnis, ist man versucht, die gesamte Kontroverse im Objektbereich zu lokalisieren und dort mit objektivierenden Mitteln zu beschreiben.

Ein vor kurzem erschienener Band, der Übersetzungen wichtiger Beiträge ins Deutsche enthält, scheint jedoch von der Erwartung getragen, daß eine stärkere Beteiligung